

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 124. Ratssitzung vom 16. November 2016

- 245. 2016/51
Interpellation von Dr. Pawel Silberring (SP) und Mathias Manz (SP) vom
10.02.2016:
Einsatz von Software in der städtischen Verwaltung, Hintergründe zu den
Wartungsverträgen, den Kosten und den Lizenzmodellen sowie mögliche Hand-
lungsspielräume beim Einsatz von Open Source Software**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 643 vom 24. August 2016).

Dr. Pawel Silberring (SP) nimmt Stellung: Zuerst möchte ich der Verwaltung für die sorgfältige und sehr informative Antwort danken. Wir haben die Interpellation eingereicht, weil wir der Meinung sind, dass die hohen und jährlich um ca. 2 Millionen Franken steigenden Kosten für den Unterhalt von Software mit ca. 40 Millionen Franken einen Umfang angenommen haben, der ein genaues Hinschauen rechtfertigt. Wir sind uns bewusst, dass eine Antwort von dieser Qualität einen hohen Aufwand erforderte, umso mehr hoffen wir, dass damit nicht nur eine Anfrage beantwortet, sondern vielmehr eine Grundlage geschaffen wurde, die für die weitere Arbeit nützlich ist. Viele öffentliche Körperschaften klagen über die hohen Kosten für den Betrieb von Software. Erst kürzlich hat SAP den Prozentsatz für die Wartungskosten erhöht, ohne dass den Kunden etwas anderes übrig geblieben wäre, als zu zahlen. Und der Chef von Oracle wurde in Presseberichten mit der Aussage zitiert, dass mehr als 80 Prozent der Einnahmen in diesem Bereich direkt auf dem Gewinnkonto verbucht werden können. Obwohl die Stadt Zürich eine sehr gute Softwarekundin ist, ist auch sie nicht in der Lage, Weltkonzerne zu einer Änderung ihrer Politik zu bewegen. Die Stadt Zürich ist bezüglich Informatik insgesamt sehr gut aufgestellt, das zeigt die IT-Strategie 2016. Was immer man tut, um die Softwarewartungskosten in einem akzeptablen Rahmen zu begrenzen, darf die Qualität der Versorgung der Dienstabteilungen und der Öffentlichkeit mit Informatikmitteln nicht gefährden. Es ist damit zu rechnen, dass die Digitalisierung fortschreitet und die Stadt Zürich wird sich im eigenen Interesse dem Trend zu mehr Informatik stellen müssen, unabhängig davon, ob sie sich dabei das Label Smart City verdient oder nicht. Mehr Software bedeutet aber auch höhere jährliche Wartungskosten. Das Ziel muss sein, dass die Stadt Zürich ihre Möglichkeiten als Kundin ausschöpft und dabei kommt ihr die Vielfalt der verwendeten Software durchaus zugute. Somit braucht es in der IT-Strategie eine 7. Stossrichtung, nämlich eine für die Softwarewartung. In dieses Kapitel gehören die vielen Massnahmen, die auf diesem Gebiet heute schon umgesetzt werden und die der Interpellationsantwort zu entnehmen sind. Beispiele: Einsatz von Open Source Software, Standardisierung von Softwaremitteln, angepasste Vertragsmodelle insbesondere für Eigenentwicklungen. In dieses Kapitel gehören aber auch neue Massnahmen, z. B. dort, wo der Einsatz von proprietären Funktionen die Flexibilität bei der Wahl von Softwaretools behindert. In Zukunft kann und muss man bereits in sehr frühen Phasen von neuen Projekten die Kriterien so festlegen, dass man sich möglichst

viel Flexibilität erhalten kann. So ist etwa ein Produkt, das mit verschiedenen Datenbanksystemen läuft einem anderen Produkt, das nur mit einer bestimmten Datenbank läuft, vorzuziehen. Auch die bescheidenen Möglichkeiten, auf Softwareanbieter Einfluss zu nehmen, gehören in dieses Kapitel. Die Stadt Zürich kann sehr wohl Gelegenheiten nutzen, faire Anbieter zu bevorzugen und Anbieter, die nicht verhandlungsbereit sind, tendenziell nur dann zu berücksichtigen, wenn die übrigen Nachteile zu gross wären. In das neue Strategiekapitel gehören auch jene Massnahmen, die dezentral von den Dienstabteilungen ergriffen werden können, wie z. B. die Überwachung der benötigten Leistungen; dass man sich also rechtzeitig überlegt, allenfalls auf die Weiterführung eines Wartungsvertrags zu verzichten. Auch Varianten von Softwarewartungsverträgen gehören in dieses Kapitel sowie schliesslich all jene Massnahmen, die noch niemandem eingefallen sind, aber von allen Praktikern in der Verwaltung beigebracht werden können. Wir sind bereit, wann immer nötig den politischen Rückhalt für eine aktive Strategie der Kostenbegrenzung zu geben.

Weitere Wortmeldungen:

Mathias Manz (SP): Der Gemeinderat kann die Preispolitik der Weltkonzerne nicht ändern. Trotz ihren über 20 000 Arbeitsplätzen gehört die Stadt Zürich für die grossen Softwarelieferanten immer noch zu den kleineren Kunden. Dem Verhandlungsspielraum zur Ausgestaltung von Lizenz- und Wartungsverträgen sind Grenzen gesetzt. Dennoch sehen wir Potenzial, wie den stetig steigenden Wartungs- und Supportkosten begegnet werden kann, nämlich durch vermehrten Einsatz von Open Source Lösungen. Der wohl wichtigste Vorteil solcher Programme – neben den offenen Standards – ist, dass sie von gemeinnützigen und transparenten Organisationen verwaltet werden. Weitere Vorteile sind die Kostenersparnis und die Unabhängigkeit von Lieferanten. Die Stadt Zürich soll die diesbezüglich bereits eingeschlagene Richtung konsequent weiterverfolgen, z. B. durch die Ablösung von Nischenprodukten und Eigenentwicklungen durch standardisierte Softwarepakete oder die Verwendung von freien Zertifikaten. Diese Verlagerung ist für uns ein gangbarer und zielführender Weg. Als Ergänzung dazu sehen wir auch vermehrt eine departementsübergreifende Kommunikation hinsichtlich eingesetzter Software und Funktionalitätswünschen. Durch diesen Austausch können Doppelspurigkeiten vermieden werden. Die Interpellationsantwort zeigt: Die Strategie der Stadt Zürich stimmt mit unserer Vorstellung von einer offenen Haltung gegenüber Open Source überein. Erfreut wahrgenommen haben wir auch die Sensibilität gegenüber den steigenden Wartungskosten. Diese Richtung werden wir weiterhin unterstützen und fördern.

Martin Luchsinger (GLP): IT-Kosten werden in Zukunft wohl tatsächlich steigen, das hat aber nicht unbedingt mit Smart City zu tun, sondern auch mit der Digitalisierung. Natürlich kann man ein Loblied auf die Open Source Software singen, und ich unterstütze den pragmatischen Ansatz von Organisation und Informatik (OIZ), Open Source überall dort einzusetzen, wo es möglich ist. Die Problematik liegt aber dort, wo die Anbieter Pseudomonopolisten oder Grossunternehmen wie SAP oder Oracle sind, die in einem bestimmten Bereich einen massiven Marktanteil haben, sodass ein Wechsel nicht einfach ist. Das heisst, man muss ein gewisses Vertrauen haben in jene

3 / 3

Leute, die die Software einkaufen. Und ja, auch für die Stadt Zürich ist es von ihrer Grösse her möglich, gute Konditionen auszuhandeln. Es ist ein Fehlschluss, zu meinen, Open Source Software sei wartungsfrei. Es ist wichtig, dass die Departemente und alle Dienstabteilungen nicht immer die spezifischen Lösungen anstreben, sondern sich bei jedem Projekt von Anfang an überlegen, welche Wartungskosten es nach sich ziehen wird. Es gibt bestimmt noch einiges zu tun, aber grundsätzlich ist OIZ auf gutem Weg.

Mario Babini (parteilos): *Aus meiner Sicht ist die Frage nicht ganz richtig gestellt, denn es geht ja nicht um Open Source vs. teure Lizenzen, sondern darum, wie man beim Kauf von Lizenzen Kosten sparen kann. Durch professionellen Einkauf können mehr Kosten gespart werden, als wenn man auf Open Source Lösungen setzt, die intern im Unterhalt nämlich viel teurer wären. Somit sollte man professionelle Einkäufer beschäftigen oder sogar anstellen.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat